



Anfrage Stöckli Ruedi über die vom Regierungsrat in Auftrag gegebene Vox-Analyse betreffend die Abstimmung vom 25. November 2007 Fusionsbeitrag Littau-Luzern (Nr. 91)

Eröffnet: 3. Dezember 2007 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Antwort Regierungsrat:

Zu Frage 1: Was will die Regierung mit dieser angeblich vor der Abstimmung vom 25. November 2007 in Auftrag gegebenen Vox-Analyse bewirken?

Die von uns bei gfs.bern - Forschung für Politik, Kommunikation und Gesellschaft in Auftrag gegebene Nach-Analyse sollte bei Zustimmung oder Ablehnung zur Vorlage vom 25. November 2007 einen Erkenntnisgewinn über die Gründe des Entscheids ermöglichen. Wir wollten mit dieser Analyse Erkenntnisse und Hinweise gewinnen, warum die Stimmbevölkerung sich für ein Ja oder Nein entschieden hat.

Zu Frage 2: Was sind die Kosten für eine solche Vox-Analyse?

Die Kosten der Nach-Analyse betragen laut Rechnung von gfs.bern rund 32'740 Franken.

Zu Frage 3: War es nicht denkbar unklug, dass der Grosstadtrat von Luzern im Vorfeld der Abstimmung in der gleichen Woche der Abstimmung eine Steuersenkung beschlossen hat?

Die Gemeinden im Kanton Luzern und die Stadt Luzern sind autonom. Entsprechend gehört die Festlegung der Steuersätze in ihre Kompetenz. Es steht uns deshalb nicht zu, den Entscheid des Grosstadtrates bezüglich der Steuersenkung vor der Abstimmung vom 25. November 2007 zu beurteilen.

Einen Hinweis darüber, ob die Steuersenkung der Stadt Luzern vor der Abstimmung ein wesentlicher Grund für das starke Nein in allen Gemeinden (ausser den direkt betroffenen) war, gibt die Analyse insofern, als das Argument der Gegenseite, "die Vorlage sei nichts anderes als eine Steuersenkung auf dem Buckel der ärmeren ländlichen Gemeinden" mit 46 Prozent in der Befragung nicht bestätigt wurde.

Zu Frage 4: Hat der Regierungsrat mit solch einem Abstimmungsausgang gerechnet, weil er im Vorfeld dieser Abstimmung bereits eine Vox-Analyse in Auftrag gegeben hat?

Unser Auftrag ist es, die Politik im Kanton Luzern zu gestalten, aber auch immer wieder zu analysieren. Wir und Ihr Rat waren zwar von der Richtigkeit des Fusionsbeitrags an Littau-Luzern überzeugt, dagegen wurde aber das Referendum ergriffen. Damit war voraussehbar, dass die Abstimmung Befürworter- und Kritikerseite mobilisieren würde. Bereits in der Abstimmungsphase zeigte sich klar, dass ganz verschiedene Argumente für oder gegen die Vorlage ins Feld geführt werden. Zudem hatten wir die Strategie der Stärkung der wirtschaftlichen Zentren im Planungsbericht über die Agglomerationspolitik und die Politik des ländlichen Raumes im Januar 2007 erstmals vorgestellt; im März 2007 wurde sie – wie übrigens auch der Fusionsbeitrag an Littau-Luzern – von Ihrem Rat bestätigt. Damit waren uns die parteipolitischen Meinungen zwar weitgehend bekannt, nicht aber diejenige der Bevölkerung.

Wir mussten in jedem Fall Interesse daran haben zu erfahren, wie die Bevölkerung einerseits über den Fusionsbeitrag und andererseits auch über die Strategie der Regierung denkt. Aus diesem Grund haben wir – auch auf Anregung der Fraktionspräsidenten der CVP, FDP, SP und der Grünen – entschieden, die Nach-Analyse unabhängig vom Ausgang der Abstimmung über den Fusionsbeitrag an Littau-Luzern in Auftrag zu geben.

Zu Frage 5: Wie war die Koordination zwischen der Regierung und den Verantwortlichen der beiden Gemeinden Luzern und Littau?

Die Stadt Luzern und die Gemeinde Littau sind in ihren Aufgabenbereichen autonom. Sie hatten im Juni 2006 einen Antrag um einen Fusionsbeitrag gestellt. In diesem Zusammenhang kam es zu Verhandlungen zwischen uns und den Verantwortlichen von Luzern und Littau. Zu koordinieren galt es ferner die Kommunikation rund um die Abstimmung über das Dekret Littau-Luzern. Diesbezüglich gab es Argumente aus Sicht der Stadt Luzern und des Kantons. Entsprechend waren Absprachen über die Inhalte und Zuständigkeiten der Kommunikation nötig.

Zu Frage 6: Das deutliche Abstimmungsresultat vom 25. November 2007 müsste eigentlich vorerst "Marschhalt" bedeuten. Hat man nicht Angst davor, dass die Stimmberechtigten weitere Gelder für die Fusion Luzern-Littau ablehnen?

Die Stimmberechtigten haben sich zu einem Fusionsbeitrag an Littau-Luzern am 25. November 2007 klar geäußert. Sie entschieden sich gegen die 20 Millionen Franken an die Fusion Littau-Luzern. Damit hat sich diese Frage erledigt. Die Stimmberechtigten werden sich kein zweites Mal zu dieser Frage äussern müssen. Unabhängig davon wird die Fusion zwischen Littau und Luzern auf den 1. Januar 2010 umgesetzt.

Es ist falsch, in diesem Zusammenhang von einem "Marschhalt" zu sprechen. Wir halten an der Strategie der Stärkung der wirtschaftlichen Zentren durch Vereinigungen fest und werden den eingeschlagenen Weg sorgfältig weitergehen. Wir sind überzeugt, dass wir dadurch den ganzen Kanton Luzern stärken können. In dieser Haltung werden wir durch die Nach-Analyse gestützt.

Wir werden bei der Behandlung des Legislaturprogramms 2007 – 2011 und im Rahmen der Beantwortung von verschiedenen parlamentarischen Vorstößen Gelegenheit bekommen, mit Ihrem Rat eine breite Diskussion über die Beteiligung an den Kosten für die Vereinigung der Nachbargemeinden mit der Stadt Luzern und der Stadt Sursee zu führen und den Weg dazu durch Sensibilisierung und Schaffung einer Vertrauensbasis bei der Bevölkerung festzulegen.

Zu Frage 7: Das überdeutliche Nein der Agglomerationsgemeinden, in Horw 69 Prozent, in Kriens 67 Prozent, Emmen 63 Prozent und Ebikon 60,6 Prozent ist als Nein zu Grossluzern zu verstehen. Sieht das die Regierung auch so?

Die Diskussionen im Abstimmungskampf rund um den Fusionsbeitrag an Littau-Luzern haben aufgezeigt, dass ganz unterschiedliche Pro- und Contra-Argumentationen vorliegen. Zu einem Nein führten vor allem die Gegnerargumente "Es gibt wichtigere Probleme zu lösen" und "Littau und Luzern sollen die Fusion selber bezahlen". Im Rahmen der Nach-Analyse konnte festgestellt werden, dass sich die Befragten aller möglichen Siedlungsarten mehrheitlich dafür aussprechen, dass über weitere Fusionen nachgedacht werden soll. Dies gilt sowohl für ländliche, kleine und mittlere Gemeinden als auch für die möglichen weiteren Fusionspartner der Stadt Luzern (Adligenswil, Ebikon, Emmen, Horw, und Kriens).

Zu Frage 8: Was passiert mit den 20 Millionen Franken, die für die Fusion an Littau-Luzern vorgesehen waren?

Ihr Rat hat im Rahmen der Debatte über die Staatsrechnung 2006 entschieden, dass bei einer Ablehnung des Dekrets Littau-Luzern durch das Stimmvolk die Ersteinlage in den Kohäsionsfonds von 60 Millionen Franken um die 20 Millionen auf 80 Millionen Franken erhöht wird. Die Regierung wird sich in einer Botschaft an ihren Rat über das weitere Vorgehen äussern.

Luzern, 8. Januar 2008 / RRB-Nr. 38
1522 - 26060